

# 1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit

Linke Kommunalpolitik kann auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wichtige Impulse geben und Weichen zum notwendigen Umsteuern stellen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen fallen jedoch auf der Landes-, Bundes- und europapolitischen Ebene. Aber wir können den kommunalpolitischen Handlungsspielraum nutzen, um in unserer Stadt andere politische Entscheidungen zu treffen.

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Kampf um eine andere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um gute Arbeitsbedingungen, armutsfeste Löhne und Renten wird vor allem durch die Erwerbstätigen selbst und ihre Gewerkschaften vorangetrieben und durch DIE LINKE unterstützt. Trotz des deutlichen Rückgangs bei den offiziellen Arbeitslosenzahlen in Leipzig beeinträchtigen Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und unfreiwillige Teilzeitarbeit die Einkommenssituation, die materielle Absicherung und Lebensplanung der Betroffenen. Und dies schwächt auch die Kaufkraft und das Steueraufkommen.

## 1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung, prekäre Beschäftigung zurückdrängen

Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu reduzieren, kommt der Stadt Leipzig und ihren Eigenbetrieben und Unternehmen eine besondere Rolle zu. Zum einen für die dort Beschäftigten, zum anderen als wichtige Auftraggeberin im regionalen Wirtschaftskreislauf, kann sie direkt für diese Ziele tätig werden bzw. mittelbar deren Durchsetzung zu einem Kriterium machen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt, auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen
- eine Tarifbindung, wo sie noch nicht existiert; auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sollten gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung als Voraussetzungen beachtet werden
- die Ersetzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch reguläre Arbeitsverhältnisse; Teilzeitbeschäftigten ist die Rückkehr in Vollzeitverhältnisse zu ermöglichen
- den Erhalt und Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften
- die Bildung eines Ausbildungsverbunds der Stadt, der kommunalen Eigenbetriebe und Gesellschaften für die Ausbildung in Kammerberufen
- die Förderung der Zusammenarbeit mit kleinen Unternehmen in der Stadt in der Berufsausbildung
- Chancengleichheit bei der Vergabe von geeigneten Ausbildungsplätzen für Abgehende aller Schulformen
- die Entwicklung eines Gütesiegels für Leipzig „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den Kammern und Gewerkschaften

- die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, unter Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf
- die konsequente Nutzung von Mitteln aus dem Programm „JobPerspektive Sachsen“ für die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt
- die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrats in die Trägerversammlung des Jobcenters zur stärkeren Einbindung in die Verantwortung für dieses Politikfeld
- die Einhaltung aller Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei öffentlichen Aufträgen
- die Berücksichtigung sämtlicher Kosten während der kompletten Nutzungsdauer des Produkts oder Dienstleistungen und die Verpflichtung der Bieter\*innen, anerkannte Umwelt-Gütezeichen vorzulegen.

## **1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen**

Wir wollen, dass die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit dazu dienen, die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und der Stadt die notwendigen Einnahmen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Dazu soll die eigene Wirtschaftskraft gestärkt werden. Zu ihrer Zukunftsfähigkeit gehören qualifizierte Bildung, Ausbildung und Weiterbildung und eine leistungsfähige Daseinsvorsorge ebenso wie die öffentliche Infrastruktur und Verwaltung.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Entwicklung der Kooperation vor allem in der Region Leipzig-Halle-Jena-Gera und die Stärkung dieser Metropolregion Mitteldeutschland
- eine Vereinbarung mit allen Beteiligten in der Region über gemeinsame ökologische und soziale Kriterien z. B. bei künftigen Neuansiedlungen
- die regelmäßige Überprüfung der bisher praktizierten Netzwerk-Strategie (Cluster), insbesondere unter dem Aspekt, was sie zur Stärkung lokal und regional verankerter Unternehmen und Betriebe beiträgt
- Kooperationsvereinbarungen in den Clustern Energie und Umwelttechnik, Gesundheitswirtschaft und Medien- und Kreativwirtschaft zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und ortsansässigen Betrieben, insbesondere kommunalen Unternehmen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung
- eine Vergabepolitik der Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer, die stärker ökologische und soziale Nachhaltigkeit fördert
- die gezielte Förderung neuer Betriebe, vor allem auf genossenschaftlichen Grundlagen, durch Beratung und die Vergabe von Zuschüssen und Krediten
- die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung von kleineren Losgrößen (Teilung des Gesamtleistungsumfangs bei großen Aufträgen) bei Investitionen und Auftragsvergaben (gewerkebezogene Fachlosvergabe)
- die Abwicklung öffentlicher Aufträge durch die Verwaltung; diese muss so organisiert werden, dass kleinere Betriebe nicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten
- die Unterstützung von Betriebsübernahmen vor allem im Handwerk durch fachlich geeignete Nachwuchskräfte; notwendige Nachqualifizierungen werden durch die Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit den Kammern gefördert

- die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Förderung von Unternehmensansiedlungen und Mitspracherechte für Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte bei Vergabeverfahren in ihren Stadtbezirken
- die ausschließlich zivile Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle und ein generelles Nachtflugverbot.

### **1.3. Solide kommunale Unternehmen als Garanten zuverlässiger Infrastruktur und Daseinsvorsorge**

Leistungsfähige kommunale Unternehmen sind Garanten einer zuverlässigen öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Die in der kommunalen Management-Holding Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) zusammengefassten drei Unternehmen Leipziger Stadtwerke, Leipziger Verkehrsbetriebe und Leipziger Wasserwerke sowie die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft (LWB) und die Stadtreinigung Leipzig ermöglichen auch für die Zukunft Versorgungssicherheit in den Bereichen Wohnen, Energie, Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung und Verkehr. Wir erwarten bei der Erfüllung dieser Aufgaben Ressourcenschonung durch Minimierung von Rohstoff- und Energieeinsatz und die Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien. Wir stehen deshalb weiterhin für den Erhalt und den Ausbau kommunalen Eigentums, der öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Rekommunalisierung (teil)privatisierter Unternehmen und Einrichtungen, die für die öffentliche Infrastruktur von Bedeutung sind, wie zum Beispiel Abfalllogistik Leipzig
- die Rückführung der ausgegliederten und an Private ausgeschriebenen Bereiche innerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunale Hand
- eine Beschränkung der Spitzen-Einkommen in den kommunalen Unternehmen und deren künftige Orientierung an der Besoldung des/der Oberbürgermeister\*in
- einen Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Leipziger\*innen bei ihren kommunalen Unternehmen
- Investitionen in die Infrastruktur der Stadt in öffentliche Hand; Öffentlich-Private Partnerschaften lehnen wir ab
- die Gründung einer Leipziger Baugesellschaft in öffentlicher Hand.

### **1.4. Zukunft finanzieren durch solides Haushalten**

Untrennbar verknüpft mit der wachsenden Großstadt sind die von der Verwaltung bisher nicht bezifferbaren finanziellen Herausforderungen, darunter der Abbau des milliarden schweren Investitionsstaus. Dieser umfasst allein bei den Stadt-, Wasser - und Verkehrsbetrieben ein geschätztes Volumen von 3,6 Mrd. Euro bis 2030. Nicht nur darum wird Leipzig seine Finanzpolitik entscheidend ändern müssen. Ein weiterer Grund: zwar stiegen in den letzten Jahren (2012-2016) die Steuereinnahmen um ca. 185 Mio. Euro auf ca. 604 Mio. Euro, allerdings wuchsen die Aufwendungen im Vergleichszeitraum mit 265 Mio. Euro erheblich schneller. Damit wird Leipzig auch in Zukunft von steigenden finanziellen Transferleistungen abhängig bleiben.

Unverzichtbar sind deshalb radikale Änderungen in der Zuweisungspolitik des Freistaates Sachsen an die Kommunen. Es ist z.B. nicht hinzunehmen, dass seit Jahren das Land die Fördermittel der Europäischen Union für die Stadtentwicklung sowie die Bundeszuweisungen für den Nahverkehr und für den Ausbau von Kindertagesstätten nur gekürzt an die Kommunen weiterreicht; in den vergangenen Jahren wurden durchschnittlich weniger als 10 Prozent der Kitabauinvestitionen durch Fördermittel abgedeckt. Leipzig muss alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, dass der Freistaat auf Kosten der Kommunen seinen Entschuldungskurs fortsetzt und sich auch auf Kosten des Haushaltes der Stadt saniert.

Sofern Bund und Land ihrer Aufgabe der ausreichenden Finanzierung der Kommunen weiterhin nicht nachkommen, muss zugleich die Verwaltungsspitze ihre kurzsichtige Entschuldungspolitik hinsichtlich der beschlossenen und künftig notwendigen Investitionen u.a. in Schulen, Kitas und öffentlichen Nahverkehr aufgeben. Diese führte und führt zur Bevorzugung von Investorenmodellen mit unkündbaren 25-jährigen Mietverträgen beispielsweise im Kitabau und damit zwangsläufig zu Kosten bis in dreifacher Höhe im Vergleich zum Eigenbau. Hier fordern wir eine grundsätzliche Kurskorrektur der Verwaltung für mehr Generationengerechtigkeit. Dabei ist besonders wichtig, dass in der Verwaltung die Voraussetzungen geschaffen werden, nicht nur wie bisher jährliche Investitionen in Höhe von etwa 180 Mio. Euro, sondern ein geplantes Investitionsvolumen von durchschnittlich 250 Mio. Euro (Haushalt 2017/18) zuzüglich der nicht umgesetzten Investitionen aus den Vorjahren in Höhe von 300 Mio. Euro zu realisieren. Dafür fordern wir ausreichendes Personal und zukunftsfähige Strukturen. Nur so ist solide Haushaltspolitik möglich, an der wir auch künftig festhalten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem geltenden Grundsatz: wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der Kommune bestellt, ist diese von dort im vollen Umfang zu bezahlen
- eine transparente städtische Haushaltspolitik unter aktiver Mitbestimmung der Bürger\*innenschaft, z.B. durch Einführung eines tatsächlichen Bürger\*innenhaushaltes unter Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte
- den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen mit langfristigen, unkündbaren Mietverträgen; Investitionen durch Dritte nur im begründeten Ausnahmefall
- die Einführung eines dezernats- und amtsübergreifenden Fördermittelmanagements, um dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen Mittel strategisch sinnvoll und effektiv zu gestalten
- den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates Sachsen an Leipzig
- eine verlässliche Planung kommunaler Investitionen durch Schaffung personeller und struktureller Voraussetzungen.